

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 16.11.2017	Beginn 17:04 Uhr	Ende 20:22 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf

Vertretung für Frau Dr. Philipp - ab
17:26 - TOP A 8.2 - bis 19:48 Uhr -
TOP B 1

Kick, Hans-Werner

Philipp, Gerd

Schier, Klaus Peter

Flüshöh, Oliver

Heinemann, Manfred

Vertretung für Herrn Lusebrink
Vertretung für Frau Sartor

Kampschulte, Matthias

Müller, Michael

Thier, Heinz Georg

Vertretung für Herrn Rüttershoff
Vertretung für Herrn Beckmann

Schwunk, Michael

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Feldmann, Jürgen

bis 20:11 Uhr - TOP B 1

Burbulla, Johanna

Stutzenberger, Olaf

Garn, Elke

Vertretung für Herrn Dr.
Bockelmann - ab 17:32 - TOP A 8.3

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Appelkamp-Decker, Annika

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Jansen, Matthias

Liebscher, Sybille

Menke, Olaf

Mollenkott, Marion

Rath, Christiane

Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.
Lusebrink, Hans-Otto
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Beckmann, Philipp J.
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung durch Herrn Bosselmann
Vertretung durch Herrn Heinemann
Vertretung durch Herrn Thier
Vertretung durch Herrn Schwunk
Vertretung durch Frau Garn

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Vertretung durch Herrn
Kampschulte

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Niederschrift zur Sitzung vom 14.09.2017 | |
| 4 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen | |
| 6 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 7 | Ausschussumbesetzungen im Liegenschaftsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss und Verwaltungsrat TBS | 193/2017/1 |
| 8 | Haushalt 2018 | |
| 8.1 | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Bürger und FDP vom 19.10.17 - Haushalt 2018 - Personalkostenansatz | 189/2017 |
| 8.2 | 1. Änderung des Stellenplan 2018 | 199/2017 |
| 8.3 | Personalwirtschaftskonzept | 164/2017 |
| 8.4 | 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2018 | 202/2017 |
| 8.5 | Anträge zum Haushalt 2018 | |
| 9 | Bestellung von Rechnungsprüfer/innen | 144/2017 |
| 10 | Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsamtsbezirk I (Schwelm-Nord) | 190/2017 |
| 11 | Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) | 186/2017 |

- | | | |
|----|--|------------|
| 12 | Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" - 5.
Änderung
1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen
Beteiligung der Öffentlichkeit § 3 (1) BauGB
2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen
Beteiligung der Behörden § 4 (1) BauGB
3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit § 3 (2)
BauGB
4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden § 4 (2)
BauGB | 119/2017 |
| 13 | Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen
Trägern öffentlicher Belange | 122/2017/1 |
| 14 | Bewirtschaftung der Sportanlage "An der Rennbahn" | 153/2017/1 |
| 15 | Sanierung des Gebäudes an der Sportanlage "An der Rennbahn" | 167/2017 |
| 16 | Zukunft der Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm -
Weitere Entwicklung | 201/2017 |
| 17 | Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von
Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des
Heimatfestes | 171/2017 |
| 18 | Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11.01.2016 -
dauerhafte Aktion "Zeitzeugen" | 016/2016/1 |
| 19 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie die Hinweise, dass Vorlage 193/2017/1 die ursprüngliche Vorlage 193/2017 ersetzt. Hier gehe es um Ausschussumbesetzungen unter TOP A 7. Des Weiteren seien sämtliche in der Einladung als Nachgang angekündigten Vorlagen den Papierempfängern entweder im Vorfeld zugesandt worden oder liegen auf den Tischen aus. Darüber hinaus stehen alle Dokumente über das Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Nachdem sich keine Fragen oder Wortbeiträge abzeichnen, steigt die Bürgermeisterin in die Tagesordnung ein.

3 Niederschrift zur Sitzung vom 14.09.2017

Frau Grollmann teilt mit, dass die Verwaltung zu dem Tagesordnungspunkt zunächst eine Erläuterung geben möchte.

In der Ratssitzung vom 28.09.2017 sei festgestellt worden, dass § 24 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Schwelm und seine Ausschüsse zwar eine Genehmigung der Sitzungsniederschrift vorsehe, die Gemeindeordnung selbst aber eine solche nicht kenne. Ein Protokoll werde durch seine Unterzeichnung rechtswirksam und nicht durch Beschlussfassung des jeweiligen Gremiums. Die Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 14.09.2017 sei allen Gremiumsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet und Einwände hiergegen nicht vorgetragen worden.

Sie schlage daher vor, die Vorschrift dahingehend „rechtskonform auszulegen und anzuwenden“, in dem zum Protokoll lediglich Kenntnisnahme beschlossen werde, sowie die Feststellung, dass Einwendungen gegen die Niederschrift nicht erhoben werden.

Herr Gießwein wendet ein, dass er keine Einwände erheben wolle, da er die Erfahrung gemacht habe, dass diese ohnehin nichts nutzen.

Frau Burbulla schlägt vor, dass – wenn das Protokoll durch Unterzeichnung rechtswirksam werde – der Entwurf vor Unterzeichnung zur Kenntnis zugeleitet werden könne. So bestünde die Möglichkeit, rechtzeitig Einwendungen vorzutragen.

Herr Guthier erläutert, dass sich aus der Aussage der Gemeindeordnung ein bestimmtes Verfahren ableite. Werden Einwendungen gegen eine Niederschrift erhoben, so seien sie rechtzeitig schriftlich bei der Bürgermeisterin anzuzeigen. Die Bürgermeisterin habe diese dem Gremium zur Kenntnis zu bringen. Sei das Gremium dann der Auffassung, dass die Niederschrift die gefassten Beschlüsse nicht richtig oder nicht vollständig wiedergebe, so kann es dies nur durch einen neu zu protokollierenden Beschluss feststellen. Eine nachträgliche Änderung der unterzeichneten Niederschrift sei jedoch nicht zulässig.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge erfolgen und keine Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift zur Sitzung vom 14.09.2017 erhoben werden, stellt die Bürgermeisterin die Kenntnisnahme und das Nichtvorliegen von Einwänden fest.

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen und Einwendungen werden nicht erhoben.

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Herr Hans Hermann Behle verweist zunächst auf die der Bürgermeisterin vor der Sitzung überreichten Aufzeichnungen (*Die Aufzeichnungen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt*). Er bringt in Erinnerung, dass die Bürgerinnen und Bürger seinerzeit an dem Stadtentwicklungskonzept mitgewirkt und mehrere Vorschläge erarbeitet, sogar eine Broschüre erstellt haben. Er erkundigt sich, was aus diesen geworden sei bzw. welche verwirklicht worden seien.

Frau Grollmann erklärt, dass es sich um ein sehr umfassendes Schriftstück handle, dass ihr Herr Behle überreicht habe und es darin um Aussagen aus einem Zeitraum vor ihrer eigenen Amtszeit gehe, zu denen Sie sich zunächst informieren müsse. Eine Beantwortung aus dem Stehgreif sei ihr nicht möglich. Herr Behle teilt mit, dass er auf eine Beantwortung verzichte. Die Schriftstücke dienen der Kenntnisnahme.

Herr Behle teilt daraufhin mit, dass wenn verwirklicht werde, was sich im Moment mit Entwicklung des Brauereigeländes und des Schwimmbades abzeichne, die Entwicklung bereits in die richtige Richtung gehe.

Herr Walter Betz spricht die Parksituation in der oberen Schulstraße vor dem Brauereigelände an. Er bedauert, dass dort vor dem Eingangstor durch entsprechende Halteverbotschilder ca. 2 Parkplätze wegfallen und erkundigt sich, ob diese nicht entfernt werden können.

Herr Schweinsberg erläutert, dass der Halteverbotsbereich eingerichtet bleiben müsse, da regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Firmen Zugang zur Fläche haben müssen und für den Bedarfsfall die Zufahrt der Feuerwehr auf das Gelände sicherzustellen sei.

5 Mitteilungen

Frau Grollmann informiert, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung angedacht worden sei, auch die Feuerwehr von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)

Rechnungsprüfungsausschuss	Uwe Weidenfeld	Marcel Gießwein	B'90/Die Grünen o MG
	Marcel Gießwein	Uwe Weidenfeld	1. stv. MG
Sozialausschuss	Klaus Armbruster	Brigitte Gregor-Rauschtenberger	B'90/Die Grünen 1. stv. MG
	Brigitte Gregor-Rauschtenberger	Marianne Rindermann	B'90/Die Grünen 2. stv. MG
Jugendhilfeausschuss	Wolfgang Jittler	Bettina Rummel	DIE BÜRGER o MG
Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung	N.N.	Wolfgang Jittler	DIE BÜRGER 3. stv- MG
Verwaltungsrat TBS	Klaus Armbruster	Volker Abels	B'90/Die Grünen o MG
	Volker Abels	Klaus Armbruster	B'90/Die Grünen 2. stv. MG

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeisterin

8 Haushalt 2018

8.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Bürger und FDP vom 19.10.17 - Haushalt 2018 - Personalkostenansatz 189/2017

Herr Feldmann teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE. den Antrag ablehne, da sie die Ansicht vertrete, dass dieser nicht zielführend sei. Eine Deckelung bedeute nur eine Personaleinsparung auf Dauer und ob z.B. durch Einsatz von Technologie dauerhaft Personal eingespart werden könne, sei noch fraglich.

Beschluss:

1. Der im Entwurf des Haushalts veranschlagte Aufwand für Personalkosten (16.854.534,- €) wird um 250.000,- € reduziert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis ihrer Vorschläge (mit Ausnahme der unter Punkt 3. genannten Stellen), die Absenkung der Personalkosten genehmigungskonform in den Haushalts- sowie den Stellenplan einzuarbeiten.
3. Die Stelle "Leitung Fachbereich 4" wird wiederbesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend das laufende Bewerbungsverfahren zu beenden und in ein neues Bewerbungsverfahren einzutreten.

4. Die Steigerung der Personalaufwendungen wird für den Haushaltssanierungsplan auf die Höhe der Tarifsteigerungen abzüglich des im Personalwirtschaftskonzept (Fassung 10/2017) vorgesehenen Personalabbaus begrenzt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

8.2 1. Änderung des Stellenplan 2018

199/2017

Frau Heringhaus teilt mit, dass der gemeinsame Antrag aus Vorlage 189/2017 in den Stellenplan eingearbeitet worden sei. Im Ergebnis wurden 1,5 Stellen gekürzt und bei 2 Stellen ein „KW“-Vermerk angebracht.

Die Stellungnahmen der Vorsitzenden des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten werden aufgrund des hohen Arbeitsanfalls nachgereicht und im nichtöffentlichen Sitzungsteil die Veränderungen konkreter dargestellt.

Anschließend begrüßt sie, mitteilen zu können, dass hinsichtlich der angespannten Situation im Fachbereich Familie, Jugend und Soziales innerhalb von drei Tagen eine qualifizierte Mitarbeiterin gewonnen werden konnte, die bereits im Bereich Tagespflege ihren Dienst aufgenommen habe.

Herr Gießwein hat eine Rückfrage zu dem ausgewiesenen Stellenzuwachs bzw. –abbau. Von 2017 auf 2018 ist seines Erachtens im Ergebnis 1 Stelle Differenz und von 2018 auf 2019 komme er auf 1,5 Stellen. Er bittet um Richtigstellung bis zur Ratssitzung. Frau Heringhaus sichert ihm zu, dies zu prüfen.

Protokollnotiz der Verwaltung:

Die Stellenanzahl 2017 hat sich durch die Einrichtung der Stelle für Unterhaltsvorschussangelegenheiten (vgl. Vorlage 061/2017) von 264,52 auf 265,52 erhöht. Die Aufstellung wurde entsprechend ergänzt.

		Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2017 1.Änd.	Stellen 2018	Stellen 2018 neu
Stellenabschnitt A	Beamte	84,32	86,64	86,64	83,76	83,76
Stellenabschnitt B	Tarifl. Besch.	139,28	139,43	140,43	145,55	144,05
	Tarifl. Besch. SuE	35,05	38,45	38,45	40,09	40,09
Summe:		258,65	264,52	265,52	269,4	267,90
Stellenabbau/ zuwachs zum Vorjahr			5,87	6,87	3,88	2,38

Kenntnisnahme festgestellt

8.3 Personalwirtschaftskonzept

164/2017

Frau Grollmann leitet ein, dass das seit 2010 bestehende Personalwirtschaftskonzept (PWK) evaluiert und nach der Sitzung des Finanzausschusses entschieden worden sei, ein neues PWK zu stellen, dass neben der Personalkostenoptimierung einen engen Bezug zur Personalentwicklung unter Anwendung von Personalmarketing habe.

Im ersten Quartal 2018 sei hierzu ein Austausch mit der Politik angedacht.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass dem drohenden Fachkräftemangel begegnet werden könne, indem man selbst ausbilde. Er kündigt an, dass von der Fraktion DIE LINKE. zu diesem Thema noch eine Eingabe komme.

Frau Riemann dankt Herrn Feldmann für seine Frage, die im Arbeitskreis Controlling in aller Ausführlichkeit diskutiert worden sei. Wenn der demografische Wandel betrachtet werde, müsse vermehrt auch über Bedarf ausgebildet werden. Diese Frage werde auch nochmal mit der Politik zu diskutieren sein.

Kenntnis genommen

8.4 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2018

202/2017

Frau Mollenkott zählt auf, was inzwischen in die 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2018 eingearbeitet worden sei.

Herr Kick erkundigt sich, wie mit weiteren Anträgen der Fraktionen zum Haushalt 2018 verfahren werden solle.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigen sich darauf, diese im Anschluss in einem weiteren Unterpunkt zum Haushalt 2018 abzuarbeiten.

Kenntnis genommen

8.5 Anträge zum Haushalt 2018

Erstattungsleistungen für geduldete Personen

Herr Kick beantragt, die Herausnahme der Erstattungsleistungen für geduldete Personen in Höhe von 831.400 € rückgängig zu machen und den Betrag in den Haushalt 2018 wieder einzustellen.

Im Anschluss erläutert er die Beweggründe für die Antragstellung. Es müsse ein politisches Signal nach Düsseldorf gehen.

Es schließt sich ein kritischer Meinungsaustausch der Fraktionen an, in dem die Unterstützung der von Herrn Kick vorgetragenen Beweggründe zum Ausdruck gebracht wird, aber auch Gefahren aufgezeigt werden, die ein solches Vorgehen gegebenenfalls in sich birgt.

Herr Schweinsberg und Frau Mollenkott erklären, dass sie die Fragestellung bereits an die Bezirksregierung herangetragen und zur Klärung mit dieser für den

21.11.2017 einen Termin vereinbart haben, so dass im Finanzausschuss eine abschließende Einschätzung der Aufsicht vorliege.

Auf Anregung des Herrn Gießwein und mit Zustimmung des Herrn Kick wird über den Antrag in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.11.2017 entschieden.

Ausweitung der Offenen Ganztagsgrundschule der Grundschule Engelbertstraße

Herr Kick bezieht sich auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 05.11.2017 zur Ausweitung der OGS-Plätze an der Grundschule Engelbertstraße. In den Fachausschüssen sei der Antrag auf den Beginn des Jahres 2018 vertagt worden. Um für betroffene Eltern deutlich zu machen, wo Notsituationen bestehen und um diese zu überwinden, beantrage er, für die OGS in den Haushalt 2018 20.000 € in den Ergebnishaushalt einzustellen und 20.000 € in den Investitionshaushalt.

Die Fraktionen sind sich einig, dass das Thema Betreuungsplätze eine sehr wichtige kommunale Aufgabe darstelle. Herr Gießwein weist darauf hin, dass aus der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schulausschuss bereits entsprechende Arbeitsaufträge an die Verwaltung ergangen seien. Er bittet, diese frühzeitig bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung Ende Januar 2018 abzuarbeiten. Herr Stutzenberger bittet um eine ganzheitliche Betrachtung und nicht nur bezogen auf eine Grundschule.

Frau Grollmann verweist auf den Ratsbeschluss von April 2015, keine weitere OGS einzurichten und dass die für 2018 von der Politik auf den Weg gebrachte Budgetierung keine weitere Erhöhung bzw. Ausweitung von Personal möglich mache.

Beschluss:

In den Haushalt 2018 sind 20.000 € in den Ergebnishaushalt und 20.000 € in den Investitionshaushalt für das Schuljahr 2018 /2019 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Bürgerbudget

Herr Schwunk teilt mit, dass die FDP-Fraktion einen Antrag zur Bereitstellung eines Bürgerbudgets gestellt habe und erläutert den dahinterliegenden Gedanken. Er beantragt, in den Ergebnishaushalt 10.000 € und in den Investitionshaushalt 20.000 € zunächst als Maßnahme für 2018 einzustellen.

Auch hierzu schließt sich ein kritischer Meinungs austausch an, in dem die Fraktionen zum Ausdruck bringen, dass die Idee grundsätzlich Zustimmung findet, die Umsetzung gut zu überlegen ist, aber schon mal ein Schritt auf diesem Weg eingeleitet werden soll. Herr Gießwein verweist zur Orientierung auf die Stadt Wuppertal.

Frau Grollmann lenkt das Augenmerk auf die vielen Projekte, die die Verwaltung im Moment bedienen müsse. Diese habe keinen Spielraum mehr. Im Übrigen macht sie darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Vorschlag um eine freiwillige Leistung handle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm stellt ein Bürgerbudget für 2018 in Höhe von 10.000 € in den Ergebnishaushalt und 20.000 € in den Investitionshaushalt ein.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	2

9 Bestellung von Rechnungsprüfer/innen 144/2017

Beschluss:

Die Rechnungsprüfer/innen des Kreises werden gemäß § 104 Abs. 2 GO NW zu Prüfer/ innen des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Schwelm bestellt:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Flühshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

10 Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk I (Schwelm-Nord) 190/2017

Beschluss:

Herr Joachim Range, Hauptstr. 174 a, 58332 Schwelm, wird als Nachfolger für Herrn Dirk Drever zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk I gewählt.

Die Vertretungsregelung richtet sich nach dem Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 22.06.2006.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Flühshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

11 Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) 186/2017

Herr Schwunk verweist auf den heute zum Tagesordnungspunkt eingereichten Antrag der FDP-Fraktion und erläutert diesen.

Auf Nachfrage des Herrn Schweinsberg, bestätigt er, dass er den Antrag heute gestellt habe, dieser aber im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung im Januar 2018 beraten werden solle.

Beschluss:

Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch den Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. S. 1298) geändert worden ist, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „Gewerbegebiet Milsper Straße“ beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 9, Flurstück 175, 258 tlw, 373, 374 tlw.. Den genauen Geltungsbereich setzt gem. (§ 9 Abs. 7) BauGB der Bebauungsplan fest.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

12 Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" 119/2017 **- 5. Änderung**

- 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
§ 3 (1) BauGB**
- 2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden
§ 4 (1) BauGB**
- 3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
§ 3 (2) BauGB**
- 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden
§ 4 (2) BauGB**

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses an den Rat:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgetragenen Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB“ (Anlage 3) abgewogen.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgetragenen Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB“ (Anlage 4) abgewogen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten überarbeiteten Entwurfes des Rechtsplanes (Anlage 5) und der dazugehörigen Begründung (Anlage 7) die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen. Während der Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten überarbeiteten Entwurfes des Rechtsplanes (Anlage 5) und der dazugehörigen Begründung (Anlage 7) die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

13 Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und
sonstigen Trägern öffentlicher Belange

122/2017/1

Beschluss:

(Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung sowie der Hauptausschuss empfehlen dem Rat, wie folgt zu beschließen:)

1. Der Entwurf des Einzelhandelskonzepts wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen. Während der Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

14 Bewirtschaftung der Sportanlage "An der Rennbahn" 153/2017/1

Herr Stutzenberger teilt mit, dass er im Sportausschuss darauf hingewiesen habe, dass sich im Hinblick auf den Vergleich der Betriebskosten ein falsches Bild ergebe, da fälschlicherweise der Zuschuss für die Roten Berge mit eingerechnet worden seien.

Herr Schweinsberg erklärt, dass seine Sichtweise durchaus auch richtig sei, die Verwaltung dies aber von einem anderen Blickwinkel, und zwar auf den Gesamthaushalt, aus betrachte und es nicht so verstanden habe, dass Herr Stutzenberger eine Korrektur der Verwaltungsvorlage erwarte.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das in der Vorlage Nr.153/2017 dargestellte Bewirtschaftungskonzept für die neue Sportanlage „An der Rennbahn“ spätestens mit der Inbetriebnahme umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

15 Sanierung des Gebäudes an der Sportanlage "An der Rennbahn" 167/2017

Herr Gießwein bittet, vor der Sitzung des Finanzausschusses mit dem Vorsitzenden zu klären, ob alle Differenzen der Vorberatungen geklärt seien.

Vertagung in den Finanzausschuss am 22.11.2017

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**16 Zukunft der Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm - 201/2017
Weitere Entwicklung**

Herr Stutzenberger erläutert den Verfeinerungsvorschlag der Fraktion DIE BÜRGER, der sich an die Variante 1 der Verwaltungsvorlage anlehne und aufzeige, wie die Umsetzung konkret aussehen könne. Hier seien auch die während der Sommerzeit bei den Bürgerinnen und Bürgern erfragten Vorstellungen eingeflossen.

Herr Schwunk stimmt im Prinzip zu. Es habe eine Reduzierung auf wenige Varianten stattgefunden. Mehrheitlich werde eine Schwelmer Lösung gewollt. Doch das, was die Firma Ernst & Young (E&Y) geliefert habe, werde der Situation nicht gerecht. Es müsse zunächst eine konkrete Abstimmung mit E&Y erfolgen, bevor die nächsten Schritte unternommen werden. Die FDP-Fraktion tendiere zur Aufrechterhaltung des Freibades mit notwendiger Sanierung. Inwieweit ein Hallenbad dort integriert werden könne, müssten die Kosten zeigen.

Herr Schweinsberg stellt klar, dass E&Y den Auftrag hatte, eine Machbarkeitsstudie „vom Schreibtisch aus“ anzustellen. Sie sei nicht für die technischen Fragen zuständig.

Herr Flüshöh teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion heute enthalten werde. Schwelm sei im Moment mit Platz 3 eine der besten Stärkungspaktkommunen. Man habe es erneut geschafft, die 742 Hebesatzpunkte zu halten. Im nächsten Jahr stehe die Entscheidung über das neue Rathaus an und es komme die Diskussion über die Offenen Ganztagschulen auf die Politik zu. Zu all diesen Themen kenne noch keiner die finanziellen Auswirkungen. Daher empfehle er, nicht heute weiter Entscheidungen zur Zukunft der Bäderlandschaft zu treffen, sondern bis Ende des HSP-Zeitraums abzuwarten, bis dahin notwendige Mittel in das Hallenbad zu investieren und den Vertrag mit dem Trägerverein Schwelmebad bis zu seinem Ablauf bestehen zu lassen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden einige andere Projekte dann abgearbeitet und Schwelm aus den Landesmitteln heraus sein, so dass sich die Politik dann in Ruhe diesem freiwilligen Projekt widmen könne. Andernfalls sehe er die Gefahr, dass sie von der Vielzahl der Entscheidungen, die zukünftig zu treffen seien, zerrissen werde.

Herr Gießwein stimmt zu, dass zurzeit die Haushaltsproblematik bestehe. Daher müssen an dieser Stelle die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden. In das „Alte“ Geld investieren, halte er für falsch. Außerdem müsse zu diesem viel späteren

Zeitpunkt wieder erneut in den Prozess eingestiegen werden. Was bis dahin mit den Bädern geschehe, könne keiner sagen. Die Angelegenheit könne nicht aufgeschoben werden. Die Ausfallzeiten im Hallenbad seien nicht mehr hinnehmbar. Im Übrigen habe er sich über die Verwaltungsvorlage gewundert, die die Variante der Fraktion B'90/Die Grünen nicht beinhalte. Dieser könne er so nicht zustimmen. Es müsse zunächst genau überlegt werden, was dort umsetzbar sei. Anschließend könne das Modell ausgewählt werden, das dort verwirklicht werden solle. Daran müsse sich aber dann auch sofort die Entscheidungsfindung anschließen.

Herr Striebeck erläutert, dass die Vorlage die Schnittmenge der Rückmeldungen wiedergebe. In der Vorlage stehe „ganzheitliche Bäderlösung“. Es werde lediglich über das Grundstück ausgeführt, so dass die Idee der Fraktion B'90/Die Grünen damit nicht ausgeschlossen werde.

Für Herrn Gießwein gibt der Sachverhalt anderes wieder. Wenn es so sei, wie Herr Striebeck dies erläutert habe, ist für ihn fraglich, warum der Sachverhalt dann nur einzelne Punkte enthalte.

Herr Striebeck weist darauf hin, dass die Verwaltung Beschlüsse umsetze, nicht Sachverhalte und sichert ihm zu, dass der Wortlaut des Beschlussvorschlages ausgeführt werde.

Frau Burbulla kann Herrn Flühöh's Ausführungen nachvollziehen. Sie schließe daraus aber genau anderes. Um zu erfahren, was an finanzieller Belastung und Entscheidungen auf alle zukomme, müsse zunächst klar festgestellt werden, was gewollt sei und dann von einer Fachkraft für relativ wenig finanzieller Aufwendung ermittelt werden, was die Vorstellung kosten werde. Sie wünsche eine echte Bürgerbeteiligung. Schwimmen sei eine freiwillige Leistung, die – sofern sie gewünscht wird – von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen und bezahlt werden müsse.

Um dies entscheiden zu können, müssen sie genau erfahren, was an zusätzlicher Belastung auf sie zukomme. Und jedem müsse klar sein, dass Schwimmen im Freibad immer ein Zuschussgeschäft sein werde und die Umsetzung – gleich welches Beschlusses – richtig viel Geld kosten werde.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass eine Überprüfung der Möglichkeiten nicht bedeute, sofort anzufangen zu bauen. Klar sei auf jeden Fall, dass im Hallenbad etwas unternommen werden müsse. Bevor also alles zusammenbreche, halte er es für notwendig, die Untersuchung vorzunehmen zu lassen.

Herr Kick teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion am ehesten in dem Vorschlag Nummer zwei wiederfinde. Sie sei der Auffassung, den Prozess so weit fortzuführen, dass Fakten vorliegen, um Entscheidungen treffen zu können und werde der Vorlage zustimmen. Er bittet Herrn Striebeck, im nichtöffentlichen Teil die finanzielle Größenordnung der hierfür erforderlichen Kosten mitzuteilen.

Herr Schwunk erklärt, dass sich die FDP-Fraktion für die Varianten 1 und 3 ausspreche.

Frau Garn teilt mit, dass die Fraktion SWG/BfS überwiegend die Variante 3 favorisiere.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung einer ganzheitlichen Bäderlösung am Standort des Freibades an der Schwelmestraße. Für die Prüfung wird die externe Unterstützung eines Fachplanungsbüros in Anspruch genommen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	6

- 17 Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von 171/2017**
Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während
des Heimatfestes

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat die mit Vorlage 171/2017 vorgeschlagene Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des Heimatfestes in Schwelm zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	1

- 18 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11.01.2016 - 016/2016/1**
dauerhafte Aktion "Zeitzeugen"

Herr Feldmann begrüßt die Entscheidung, die Anregung zu verfolgen, sehr und wird sich mit Frau Hackler in Verbindung setzen.

Beschluss:

Die Stadt Schwelm führt die dauerhafte Aktion „Zeitzeugen“ durch. Die Aktion wendet sich an junge Menschen in Schwelm bis zum 18. Lebensjahr und wird durch die Museumsleitung und das Archiv betreut und dokumentiert. Die Beiträge werden auf einer jährlich stattfindenden Veranstaltung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

19 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Gießwein bittet in das Protokoll aufzunehmen, dass die Verwaltung bitte konsequent die zwei Email-Verteiler „Fraktionspost“ und „Fraktionsvorsitzende VERTRAULICH“ nutzen möge. Er bekomme stets weiter Emails, die an unterschiedliche Adressengruppen gerichtet seien.

Frau Grollmann konnte diese im Ältestenrat vorgetragene Bitte bisher noch nicht in die Verwaltung transportieren, wird dies aber so bald wie möglich tun.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 18 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift, ausgenommen zu TOP B 6.2, 6.3 und 7:

Schwelm, den 17.11.2017	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP B 6.2, 6.3 und 7:

Schwelm, den 17.11.2017	Schriftführer - 1. Beigeordneter gez. Schweinsberg	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	--	--